

Inhalt

Geringe Rente und hohes Altersarmutsrisiko bei Spätaussiedlern	1
The Impact of Wealth on Subjective Well-Being: A Comparison of Three Welfare-State Regimes	5
Abwärtsmobilität beim Haushaltseinkommen ohne langfristigen Einfluss auf die Lebenszufriedenheit	9
11th Conference „Social Monitoring and Reporting in Europe“	14

Geringe Rente und hohes Altersarmutsrisiko bei Spätaussiedlern

Analysen mit Daten der Rentenversicherung und des Mikrozensus

Eine besondere rechtliche Stellung und damit einhergehend die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft, die auf der deutschen Volkszugehörigkeit basiert, charakterisieren die Zuwanderergruppe Aussiedler bzw. Spätaussiedler. Die Sonderstellung leitet sich aus der historisch bedingten Verantwortung Deutschlands für die Folgen des Zweiten Weltkriegs wie Benachteiligung und Vertreibung für deutsche Volkszugehörige ab (Worbs et al. 2013). Für ältere Aussiedler relevant sind insbesondere spezifische Ansprüche im Rentenrecht für Erwerbszeiten außerhalb Deutschlands. Dies stellt gegenüber anderen Migrantengruppen eine deutliche Privilegierung dar. Die Reformen der gesetzlichen Altersvorsorge, bei Aussiedlern insbesondere Änderungen im Fremdrentenrecht, rücken nun die Frage nach der materiellen Versorgung im Rentenalter für diese besondere Migrantengruppe stärker in den Fokus. Vor diesem Hintergrund werden im vorliegenden Beitrag Rentenhöhe, Niveau des Haushaltseinkommens und Altersarmutsrisiko in der Bevölkerungsgruppe älterer (Spät-)Aussiedler untersucht.

In Deutschland leben rund 3,1 Millionen (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler, fast die Hälfte von ihnen sind 50 Jahre und älter (Hoffmann/Romeu Gordo 2016). Viele von ihnen hatten bereits ein mittleres oder höheres Lebensalter erreicht, als sie nach Deutschland zugewandert sind. Der Aufbau einer vollwertigen eigenständigen Alterssicherung nur auf der Grundlage der Erwerbstätigkeit in Deutschland wäre ihnen in den meisten Fällen nicht möglich gewesen, denn für eine auskömmliche Rente sind mindestens 35 Versicherungsjahre erforderlich. Das – etwa im Vergleich mit Arbeitsmigrantinnen und -migranten – höhere Zuwanderungsalter wird für (Spät-)Aussiedler in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung dadurch kompensiert, dass die Beschäftigungszeiten im Herkunftsland aufgrund eines speziellen Rentenrechts, auf der Grundlage des sogenannten Fremdrentengesetzes (FRG), als Versicherungszeiten anerkannt werden. Hierdurch kann eine eigenständige gesetzliche Rente sogar auf der Grundlage einer ausschließlich im Ausland erbrachten Erwerbstätigkeit entstehen.

Das Fremdrentenrecht knüpft an den Status gemäß des Bundesvertriebenengesetzes an und gewährt denjenigen Leistungen, die vom Bundesverwaltungsamt als Aussiedlerin/Aussiedler oder Spätaussiedlerin/Spätaussiedler anerkannt wurden. Das Fremdrentenrecht führt zu einer Bewertung der Versicherungsbiografie vor der Zuwanderung nach Deutschland und erhöht die Rente spürbar.¹

Rentenrechtliche Regelungen für Aussiedler mehrfach verschlechtert

Der Status „Aussiedler“ oder „Spätaussiedler“ ist bedeutsam für die Festsetzung der Renten. Die bis 1992 geltende Kategorie „Aussiedler“ umfasste nicht nur die deutschstämmige Person selbst, sondern auch alle direkten Verwandten. Diese waren berechtigt, in eigenem Namen die Einbürgerung und die Anerkennung ihrer Versicherungsbiografie in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung geltend zu machen. Somit erhalten beispielsweise beide Ehepartner eine eigenständige Rente,

die jeweils die Versicherungszeiten aus dem Herkunftsland zuzüglich erworbener Anwartschaften in Deutschland umfasst (für Verwitwete wurde eine Hinterbliebenenrente auf der Grundlage des Erwerbsverlaufs des verstorbenen Ehegatten gezahlt). Dann wurde im Zuwanderungsrecht ab 1993 die Kategorie „Spätaussiedler“ eingeführt: Die deutschstämmige Person selbst und ihre Kinder erhalten nach wie vor eine Anerkennung, während angeheiratete Partner (und verwitwete Elternteile), falls nicht deutschstämmig, nur noch ein abgeleitetes Zuwanderungs- und Einbürgerungsrecht besitzen (Worbs et al. 2013). Nach und nach wanderten weniger Personen mit eigenem Spätaussiedlerstatus zu: 1993 waren noch 74% der Personen mit deutscher Volkszugehörigkeit und ihrer mitziehenden Angehörigen nach dem Bundesvertriebenengesetz selbst als Spätaussiedler anerkannt worden, 2004 (und später) nur noch circa 19% (Dietz 2007). Für die größer werdende Gruppe der Personen mit abgeleitetem Zuwanderungsrecht entfiel jedoch die Anerkennung der Versicherungszeiten aus dem Herkunftsland in der gesetzlichen Rentenversicherung, mit dem Resultat geringerer Rentenzahlungen im Alter.

Auch für bereits anerkannte (Spät-)Aussiedler wurden die rentenrechtlichen Regelungen mehrfach verschlechtert (Polster 1990, 1992; Baumann/Mika 2008). Lediglich bis 30.06.1990 zugewanderte Aussiedler, die bis Jahresende 1995 bereits in die Altersrente eintraten, sind von den Absenkungen des FRG ausgenommen. Die letzte maßgebliche Kürzung nach dem FRG gilt ab dem Zugangsdatum 06.05.1996 bzw. einem Renteneintritt ab dem 01.10.1996 (Polster 1997). Seitdem können aus anerkannten Zeiten aus dem Herkunftsland nur noch Ansprüche im Wert von maximal EUR 730,25 für eine alleinlebende Person und EUR 584,20 für eine verheiratete Person erreicht werden. Dieser Rentenanteil nimmt allerdings an den üblichen Rentenerhöhungen teil, die genannten Werte beziehen sich auf das Jahr 2015. Von den Absenkungen des FRG sind alle Rentenanzugänge von (Spät-)Aussiedlern ab 1992 somit in zunehmendem Maße betroffen. Im Ergebnis führt dies dazu, dass

bei bereits in Alters- oder Erwerbsminderungsrente befindlichen Personen eine erhebliche Spannweite an Rentenzahlungen existiert. Die Renten unterscheiden sich bezüglich ihres Anteils aus den aus dem FRG resultierenden Leistungen wesentlich nach Zuwanderungszeitraum und Renteneintrittszeitpunkt.

Spätere Zuwanderung geht mit geringeren Rentenhöhen einher

Die tatsächliche Rentenhöhe der (Spät-)Aussiedler ergibt sich aus der Kombination ihrer Anwartschaften nach dem FRG und ihren nach der Zuwanderung in Deutschland erworbenen Ansprüchen. Im Verlauf der 1990er Jahre kam es nicht nur zu einer Reform der speziellen Rentenberechnung für diese Gruppe, sondern auch zu einer Reihe genereller Rentenreformen. Das Ziel der meisten Reformen war, die Frühverrentung nach Arbeitslosigkeit finanziell unattraktiver zu machen und das Verrentungsalter langfristig anzuheben. Die gesetzliche Rente der Aussiedlerinnen und Aussiedler wird im Folgenden mit den Renten autochthoner Deutscher verglichen, um ihre relative Situation zu gleichaltrigen deutschen Versicherten zu ermitteln. Für die Analysen wird auf die Daten des Rentenbestandes 2014 der Deutschen Rentenversicherung zurückgegriffen.² Der Rentenbestand 2014 ist eine Vollerhebung, die im Rahmen der prozessproduzierten Daten der Deutschen Rentenversicherung erstellt wird. Der Datensatz enthält alle zum 31.12.2014 gezahlten Renten der Deutschen Rentenversicherung. Hier wurden Renten ausgewertet, die auf einem eigenen Versicherungskonto basieren, also Alters- und Erwerbsminderungsrenten. Der Aussiedler- oder Spätaussiedlerstatus lässt sich in den Daten des Rentenbestandes anhand der Merkmale zum Fremdrentengesetz eindeutig ermitteln.

Die durchschnittliche Rentenhöhe unterscheidet sich deutlich nach dem Zuwanderungszeitraum (Tabelle 1, Männer): Von den heutigen Rentnern im Alter von 70 und mehr Jahren, die vor 1993 nach Deutschland zugewandert sind, erhält die Hälfte eine Rente von bis zu EUR 1.100 (Median,

2014); von den verrenteten Spätaussiedlern dieser Altersgruppe, die zwischen 1993 und 1995 zugewandert sind, liegt der Median nur bei EUR 823, und bei jenen, die 1996 und später zugewandert sind, nur bei EUR 593. Wer später zugewandert ist, insbesondere ab 1996, muss also mit geringerer Rente auskommen. Auch bei den Rentnern im Alter von 65 bis 69 Jahren zeichnet sich die Schlechterstellung bei späterer Zuwanderung deutlich ab: In dieser Altersgruppe erhält die Hälfte der Aussiedler monatlich bis zu EUR 971 ausbezahlt, die Hälfte der bis 1995 zugewanderten Spätaussiedler erhält bis zu EUR 746 und die Hälfte der ab 1996 zugewanderten Spätaussiedler erhält bis zu EUR 606 (Frauen: EUR 708; EUR 638; EUR 585). Die durchschnittlichen Renten der jüngeren Altersrentner fallen insgesamt niedriger aus.

Rentnerinnen und Rentner aus der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen beziehen entweder eine Erwerbsminderungsrente oder eine vorzeitige Altersrente wie etwa eine Rente wegen Arbeitslosigkeit. Weil die vorzeitigen Renten mit Abschlägen bis zu 18% belegt werden, sind sie im Allgemeinen niedriger als die späteren Altersrenten nach langjähriger Versicherung. Auch in dieser Altersgruppe zeigt sich, wie gering die Altersrenten der Spätaussiedler sind, insbesondere, wenn diese erst 1996 oder später nach Deutschland zugewandert sind (der Median beträgt nur EUR 537). Da Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler überdurchschnittlich häufig vorgezogene Renten in Anspruch nehmen, sind sie besonders von den entsprechenden Rentenminderungen betroffen (Puhani 2016).

Als Ergebnis der sukzessiven Rechtsänderungen finden sich unter den derzeitigen (Spät-)Aussiedlern Rentenbezieher, deren gesetzliche Alterssicherung nach dem FRG auf der Grundlage von unterschiedlichen Rechtsgrundlagen berechnet wurde. Die meisten anerkannten Aussiedler aus Polen, aber auch aus Rumänien, sind von den Veränderungen des Fremdrentenrechts nicht betroffen. Sie sind mit wenigen Ausnahmen bereits vor 1993 zugewandert und profitieren außerdem von einer günstigeren Rechts-

Tabelle 1 Monatliche Rentenhöhe (Median in Euro)

	Aussiedler		Spätaussiedler				Deutsche ohne Aussiedlerhintergrund	
	Zugang vor 1993 Männer	Zugang vor 1993 Frauen	Zugang 1993 bis 1995 Männer	Zugang 1993 bis 1995 Frauen	Zugang ab 1996 Männer	Zugang ab 1996 Frauen	Männer	Frauen
55-64 Jahre	873	720	651	626	537	550	940	742
65-69 Jahre	971	708	746	638	606	585	1.067	632
70 Jahre und älter	1.100	697	823	792	593	643	1.204	615

Datenbasis: Deutsche Rentenversicherung, FDZ-RV, Rentenbestand 2014, Personen mit Wohnort in Deutschland, eigene Auswertungen.

grundlage. Dies gilt nicht für Spätaussiedler ab 1993. Die Senkung um 30% ab 1992 beziehungsweise ab 1996 um 40% der nach der Berechnungstabelle zu Grunde gelegten Einkommensvergleichswerte wird bei ihnen allerdings zum Teil durch die Anwendung der Regelung für „Mindestentgeltpunkte bei geringem Arbeitsentgelt“ wieder aufgehoben. Nach dieser Regelung werden Anwartschaften für niedrig entlohnte Zeiten der Erwerbstätigkeit vor 1992 um bis zu 50% angehoben. Von den ab 1996 zugewanderten Spätaussiedlern erhalten 91% diese Aufwertung ihrer Anwartschaften. Auf die Zuzugskohorten zwischen 1993 und 1996 ist die Regelung nahezu gleich häufig angewendet worden, sie bekamen zu 85% eine Aufwertung ihrer Anwartschaften verbucht. Schließlich kam nach 1996 die Kappung auf einen Höchstbetrag von Anwartschaften zur Anwendung, die sich aus der Anerkennung von Zeiten im Ausland ergeben können. Diese betrifft auch die zuvor vorgenommene Aufwertung der Anwartschaften wegen geringen Arbeitsentgelts.

Für Spätaussiedler ist daher die Rechtslage im Zuzugsjahr ausschlaggebend für ihre aktuelle Rentenhöhe. Die seit 1996 Zugezogenen weisen aufgrund der geänderten Rechtslage Rentenzahlbeträge nahe oder unter Grundsicherungsbedarf auf. Dies betrifft fast ausschließlich Spätaussiedler aus der Russischen Föderation, Kasachstan, Weißrussland und der Ukraine. Der spätere Rentenzugang führt bei den Aussiedlern wie bei den Spätaussiedlern zu erheblich niedrigeren Renten, wobei sich die seit 1996 wirksamen Gesetze am stärksten auswirken.

Sinkende Einkommensposition in der älteren Bevölkerung

Im Folgenden wird untersucht, wie sich die materielle Situation im Haushaltskontext von (Spät-)Aussiedlern darstellt. Dadurch finden die Haushaltszusammensetzung sowie die verschiedenen Einkommensquellen der einzelnen Haushaltmitglieder Berücksichtigung. Als Datenbasis werden die Scientific Use Files der Mikrozensusserhebungen von 2011, 2008 und 2005 genutzt.³ Aufgrund des hohen Stichprobenumfangs erlaubt der amtliche Mikrozensus die Untersuchung einer kleineren Subgruppe wie die der älteren (Spät-)Aussiedler. Ab der Erhebung von 2005 ermöglicht der Mikrozensus die Einbeziehung des Migrationshintergrundes sowie die Identifikation des Aussiedlerstatus (Jäger/Schimpl-Neimanns 2012). Unter Verwendung der summarischen Frage zum Haushaltsnettoeinkommen werden die verschiedenen Einkommensquellen aller Haushaltmitglieder berücksichtigt. Für die Einkommensanalysen wird eine Äquivalenzgewichtung entsprechend der modifizierten

Tabelle 2 Relative Einkommensposition und Armutsrisikoquoten von Personen ab 65 Jahren

	Einkommensposition (Median=100)			Armutsrisikoquote in %		
	2011	2008	2005	2011	2008	2005
(Spät-)Aussiedler	77	80	87	25	22	16
Personen ohne Migrationshintergrund	90	93	98	11	11	9
Personen mit Migrationshintergrund	75	74	78	36	33	30

Datenbasis: Mikrozensus 2011, 2008, 2005 (Scientific Use Files).

OECD-Skala vorgenommen, um Vergleiche von Haushalten unterschiedlicher Größe zu ermöglichen.⁴ Für die Ermittlung von Armutsquoten wird die Gruppierung der Einkommensangaben im Mikrozensus entsprechend der Vorgehensweise von Stauder und Hüning (2004) berücksichtigt.

Als Indikator für die Einkommenssituation im Haushalt wird als Maß der zentralen Tendenz die relative Einkommensposition verwendet, die den Anteil in Prozent am gesamtdeutschen Median des äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen anzeigt (Median=100). Im Zeitverlauf zeigt sich für die drei ausgewiesenen älteren Bevölkerungsgruppen – (Spät-)Aussiedler, Personen ohne Migrationshintergrund, Personen mit Migrationshintergrund – ein Absinken der Einkommensposition. Die jeweils höchste Einkommensposition haben ältere Frauen und Männer ohne Migrationshintergrund inne, während ein Migrationshintergrund mit dem niedrigsten Einkommensniveau einhergeht. Ältere in (Spät-)Aussiedlerhaushalten liegen dazwischen, allerdings ist bei ihnen seit 2005 ein besonders starkes Absinken der Einkommensposition zu erkennen. Damit hat sich ihre Einkommensposition derjenigen von älteren Personen mit Migrationshintergrund angenähert. Ältere Deutsche ohne Migrationshintergrund haben – auf höherem Niveau – auch deutliche Einbußen hinsichtlich ihrer Einkommensposition hinzunehmen, wenn auch nicht so stark wie (Spät-)Aussiedlerhaushalte.

Neben der zentralen Einkommens tendenz ist insbesondere auch der untere Einkommensrand – hier gemessen anhand der Armutsrisikoquote – von gesellschaftspolitischer Bedeutung. Welche Entwicklungen sind aus dem Blickwinkel eines Minimalstandards zu identifizieren? Die Unterschiede zwischen den untersuchten Bevölkerungsgruppen sind sehr deutlich. 2011 lag die Armutsrisikoquote in der älteren (Spät-)Aussiedlerbevölkerung mit 25% mehr als doppelt so hoch wie in der deutschen Bevölkerung ab 65 Jahren ohne Migrationshintergrund (11%), und bei älteren Menschen mit Migrationshintergrund (36%) sogar mehr als

dreimal so hoch. Der stärkste Anstieg im Zeitverlauf, um neun Prozentpunkte, ist bei älteren (Spät-)Aussiedlern zu verzeichnen. Obwohl sich in der älteren Bevölkerung ohne Migrationshintergrund die relative Einkommensposition auch deutlich verschlechtert hat, ist bei ihnen zumindest der Anstieg der Armutsrisikoquote mit zwei Prozentpunkten weit weniger ausgeprägt (vgl. Noll/Weick 2012).

Extrem hohes Altersarmutsrisiko bei Aussiedlerzuzugsjahrgängen ab 1996

Der Anstieg der Armutsgefährdungsquote bei älteren Frauen und Männern mit (Spät-)Aussiedlerstatus seit 2005 wirft die Frage auf, inwieweit sich hier ein Zusammenhang mit den Zuzugsjahren identifizieren lässt. Mehr als 90% der (Spät-)Aussiedler im Alter ab 65 Jahren bestreiten ihren Lebensunterhalt überwiegend aus der gesetzlichen Altersrente, wie sich aus den Angaben des Mikrozensus 2011 ablesen lässt. Ein enger Zusammenhang von Rentenniveau und Armutsgefährdung ist daher naheliegend. Eine weitere Differenzierung der älteren Aussiedlerbevölkerung bestätigt dies überraschend deutlich: Während diejenigen, die vor 1993 nach Deutschland kamen, eine Armutsrisikoquote von 16% aufweisen, liegen drei Viertel der nach 1996 Zugewanderten unterhalb der Armutsschwelle. Die Schlechterstellung in der gesetzlichen Rentenversicherung durch die Änderungen des Fremdrechts führt offensichtlich zu einem enorm hohen Armutsrisiko bei

Tabelle 3 Armutsrisikoquoten von Personen ab 65 Jahren (in %)

Aussiedler 65 Jahre und älter	
alle Zuzugsjahre	25
Zuzugsjahr < 1993	16
Zuzugsjahr 1993-1996	43
Zuzugsjahr > 1996	75

Datenbasis: Mikrozensus 2011 (Scientific Use File).

der spät zugewanderten älteren Aussiedlerbevölkerung.

Fazit

Die stark besetzten Aussiedler-Geburtskohorten der 1930er Jahre waren aufgrund des rechtlichen Vertrauensschutzes beim Rentenzugang vor Absenkungen noch weitgehend geschützt. Ihr Anteil im Rentenbestand nimmt aufgrund der Sterblichkeit bereits ab. Die geburtenstarken Kohorten der 1950er Jahre, die heute zum Teil bereits Altersrente beziehen, sind dagegen mit Ausnahme der aus Polen Zugewanderten von Absenkungen des FRG beim Renteneintritt betroffen. Die Auswirkungen der Absenkungen werden außerdem auch die in den 1960er Jahren Geborenen, die noch einen erheblichen Teil ihres Arbeitslebens im Herkunftsland verbrachten, treffen. Erst mit dem Renteneintritt der Geburtskohorten der 1970er Jahre, die oft ihre komplette Versicherungszeit in Deutschland verleben, werden die FRG-Absenkungen nur noch geringe Auswirkungen haben. Zudem steigt das Risiko, im Alter von Armut betroffen zu sein, auch aufgrund der Absenkungen der Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung insgesamt, von der alle betroffen sind, unabhängig davon, ob Anwartschaften im Ausland oder in Deutschland erworben wurden (vgl. z.B. Bäcker/Schmitz 2013; Vogel/Künemund 2014). Ohne wirksame politische Gegensteuerung wird die Altersarmut voraussichtlich in den nächsten Jahren weiter ansteigen, insbesondere bei (Spät-)Aussiedlern.

Bäcker, Gerhard; Schmitz, Jutta, 2013: Altersarmut und Rentenversicherung: Diagnosen, Trends, Reformoptionen und Wirkungen. In: Claudia Vogel; Andreas Motel-Klingebiel (Hrsg.), Altern im sozialen Wandel: Die Rückkehr der Altersarmut? S. 25-53. Wiesbaden: Springer VS.

Baumann, Jochen; Mika, Tatjana, 2012: Steigende Ungleichheit unter Aussiedlern und Spätaussiedlern im Alter. In: Helen Baykara-Krumme; Andreas Motel-Klingebiel; Peter Schimany (Hrsg.), Viele Welten des Alterns. Ältere Migranten im alternden Deutschland, S. 127-157. Wiesbaden: Springer VS.

Baumann, Jochen; Mika, Tatjana, 2008: Die sozialstaatliche Integration von Aussiedlern durch das Fremdrechtenrecht: ein Vergleich der Zuwanderungskohorten. Deutsche Rentenversicherung, Jg. 63, 2008, Heft 5, S. 462-484

Dietz, Barbara, 2007: Aussiedler/Spätaussiedler in Deutschland seit 1950. In: Bade, Klaus J.; Emmer, Pieter, C.; Lucasen, Leo; Oltmer, Jochen (Hrsg.), Enzyk-

lopädie Migration in Europa. S. 397-404. München: Wilhelm Fink.

Hoffmann, Elke; Romeu Gordo, Laura, 2016: Lebenssituation älterer Menschen mit Migrationshintergrund. In: BpB, DeStatis, WZB & SOEP (Hrsg.), Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 64-73.

Jäger, Delia; Schimpl-Neimanns, Bernhard, 2012: Typisierung des Migrationshintergrundes in den Mikrozensus Scientific-Use-Files 2005-2009. In: GESIS-Technical Reports 2012|08.

Noll, Heinz-Herbert; Weick, Stefan, 2012: Altersarmut: Tendenz steigend. Analysen zu Lebensstandard und Armut im Alter. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), 47, S. 1-7.

Polster, Andreas, 1997: 5. Erneute Änderungen im Fremdretenbereich. Deutsche Rentenversicherung. Jg. 52, 1997, Heft 1/2, S. 63-77.

Polster, Andreas, 1992: Erneute Änderung des Fremdretenrechts. Deutsche Rentenversicherung. Jg. 47, 1992, Heft 2-3, S. 165-174.

Polster, Andreas, 1990: Änderungen des Fremdreten- und Auslandsrentenrechts durch das Gesetz zum Staatsvertrag. Deutsche Rentenversicherung. Jg. 45, 1990, Heft 8, S. 508-517.

Puhani, Patrick A.; Tabbert, Falko, 2016: The effects of pension changes on age of first benefit receipt: regression discontinuity evidence from repatriated ethnic Germans. Labour Economics, 38, S. 12-23.

Stauder, Johannes; Hüning, Wolfgang, 2004: Die Messung von Äquivalenzeinkommen und Armutsquoten auf der Basis des Mikrozensus. In: Statistische Analysen und Studien NRW 2004, Band 13, S. 9-31.

Vogel, Claudia; Harald Künemund, 2014: Armut im Alter. In: Siegfried Frech; Olaf Groh-Samberg (Hrsg.), Armut in Wohlstandsgesellschaften, S. 123-136. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag.

Worbs, Susanne; Bund, Eva; Kohls, Martin; Babka von Gostomski, Christian, 2013: (Spät-) Aussiedler in Deutschland. Forschungsbericht 20. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

Jochen Baumann
TU Braunschweig und Hochschule für
Wirtschaft und Recht, Berlin
Tel.: 030 / 24 72 36 05
jochen.baumann@tu-bs.de

Tatjana Mika
Deutsche Rentenversicherung Bund,
Forschungsdatenzentrum der Renten-
versicherung (FDZ-RV)
Tel.: 030 / 86 58 95 -41
tatjana.mika@drv-bund.de

Claudia Vogel
Deutsches Zentrum für Altersfragen
(DZA), Berlin
Tel.: 030 / 26 07 40 -23
claudia.vogel@dza.de

Stefan Weick
GESIS
Tel.: 0621 / 12 46 -245
stefan.weick@gesis.org

1 Für Details s. Baumann und Mika (2012)

2 Weitere Informationen:
<http://www.fdz-rv.de>

3 <http://www.gesis.org/missy>

4 Folgende Gewichte werden den Haushaltsmitgliedern zugeordnet: 1. Person „1“, weitere Personen unter 14 Jahren „0,3“, weitere Personen ab 14 Jahren „0,5“

The Impact of Wealth on Subjective Well-Being: A Comparison of Three Welfare-State Regimes¹

This study provides new insight on subjective well-being (hereafter SWB) and its association with individuals' objective economic standing. In particular, we are interested in how one's relative position in the distribution of wealth influences his or her general satisfaction with life (hereafter GLS), representing the cognitive and most stable dimension of SWB. Most studies on the relationship between economic standing and SWB have used income as an indicator of economic standing. Yet, income seems to account for only a small part of the variation in SWB (e.g. Diener, Sandvik, Seidlitz & Diener 1993). In addition, income is restricted to a certain time interval (income per week, per month, or per year) and, to periods of labor market activity. Recent studies thus argue that other measures of economic standing such as socioeconomic status, deprivation, and wealth, might be more useful for understanding its relationship with SWB (e.g. Christoph 2010). Wealth is a stock Graph accumulated throughout a person's life course. Additionally, in contrast to earned income, which requires time, effort, and working ability, wealth offers access to capital and goods independent of individual investment and ability, for example, through intergenerational transfers (Elmelech 2008). Wealth may also be a better indicator of an individual's long-term consumption potential (Spilerman 2000). Considering the unique properties of wealth, we see it fit to measure the consequences of economic standing to SWB, over and above the consequences income may have on it.

A second contribution of this study is the focus it places on macro-level factors, and specifically, state-level welfare systems. The relevance of the welfare-state system to the relation between wealth and SWB is best explained through the concept of decommodification, referring to the extent to which citizens in a country are economically independent from the market through the provision of social benefits. These benefits can be understood as a cushion against the consequences of shortage of financial resources (Pacek & Radcliff 2008). Because the extent to which these benefits are provided by the welfare-state strongly differs between the three regimes, we predict that the association between wealth and SWB will also differ.

old-age provision through mandatory saving. Moreover, the level of minimum pension benefits provided is likely to affect the intensity of the wealth SWB relation among those individuals who did not have the possibility to choose how much they are willing to save namely, the poor.

In order to put these predictions to an empirical test we compare three countries, each representing a different welfare-state system complying with a different regime type, specified in Esping-Andersen's typology (1990, 1999). The social-democratic welfare-state represented in our study by Sweden, secures its citizens the highest level of decommodification, with relatively generous public pensions (OECD 2011a). The relative minimum pension benefits as percentage of average earnings have been at 25% in 2008 (OECD, 2011a). In Sweden therefore, persons are less dependent on their income for old-age provision. Under such conditions, the wealth-SWB relation is predicted to be comparatively weak. In the liberal model, represented in this study by Israel, the general decommodification level is low and accordingly, public pensions are relatively prudent. Old-age allowance in Israel, which is universally distributed, is insufficient even for a minimal living standard (Dagan-Busaglo 2007), with minimum pension benefits at a level of 13% of average earnings in 2008 (OECD 2011b). Under these conditions wealth is expected to be a necessary instrument to secure SWB in old age and the wealth-SWB relation is therefore expected to be rather strong. In the conservative welfare-state, represented in our study by Germany, the level of decommodification is intermediate. The German system does not have a general minimum retirement pension. However, individuals without mandatory and personal savings are eligible for basic social security in retirement, which equals the standard rate of the basic support for employment seekers (Hartz 4) that was 21% of average earnings in 2008 (OECD 2011b). The conservative model thus suggests a relation of medium strength between wealth and SWB. From our theoretical considerations, we derive the following hypotheses:

- H1: Income and wealth together account for the variance in GLS better than does income alone.
- H2: Individuals of poor wealth have lower GLS than do those in the middle of the wealth distribution. The wealthy group

Linking wealth to SWB: Needs theory

Needs theory defines the relations between economic standing and SWB through the function of economic standing and mostly income, in providing individuals' needs (Diener & Biswas-Diener 2002). In general, needs theory assumes that individual income, as a principal indicator of economic standing, augments individual SWB primarily because income enables people to better provide for their needs.² The main premise of needs theory is that low income implies a disadvantage in SWB while high income leads only to a small advantage (Maslow 1943, 1954), if any (Veenhoven & Ouwe-neel 1995; Veenhoven 1993). Importantly, in this study we move away from the typical understanding of economic standing as represented by income, and investigate a different form of economic well-being namely, wealth.

In order to test for the empirical validity of the needs-based mechanism our models not only control for the position of the respondents in the wealth distribution. They additionally include a subjective measure for economic hardship - that is, individuals'

self-reported responses about having "problems to make ends meet." If the relevant mechanism behind the relation of wealth with SWB is the fulfillment of basic needs, then we would expect subjective economic hardship to mediate the supposed negative effect of being poor on SWB.

The comparative setting: Do different contexts imply differences in the wealth-SWB relation?

One important aim of our study is to investigate the contribution of the welfare-state system, operationalized through the concept of decommodification, to the wealth-SWB relation. Decommodification, determines whether personal wealth is necessary for individuals in order to maintain their SWB or not, and what is the level of wealth required to do so. Given our focus on the relation between wealth and SWB among aging individuals who are either close to retirement or already retired, we demonstrate the workings of decommodification referring to state pension systems. State pension systems intervene in individuals' saving behavior by taking over the task of

has only slightly higher, or the same, GLS than does the middle group.

- H3: The negative effect of poor wealth on GLS is strongest in Israel. It will be weaker in Germany, and similar or slightly weaker in Sweden.
- H4: The negative effect of poor wealth on GLS is mediated by individuals' subjective feelings about their respective economic hardship.

Data, Variables, Hypotheses & Methods

For our empirical analyses we make use of the Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE) that is an international, representative panel study of the population aged 50 years and over. Observing individuals aged 50 or more, we analyse the consequences of differential wealth levels, measured as household gross wealth on their GLS. In order to account for the socio-economic and socio-demographic factors that affect GLS, we apply a linear regression model (OLS regression) with the Huber-White Sandwich estimator for cluster sampling (individuals clustered in households) that provides robust standard error estimates. The analyses are carried out separately for each of the three countries.

General life satisfaction was measured using an 11-point single item scale which we standardized to have a mean of zero and a standard deviation of one to enable international comparison.³ Consequentially, a one-unit change in one of the independent variables results in a change in GLS of one standard deviation. Income and wealth are measured on the household level and presented in Euro, adjusted for purchasing power parity. We operationalize income as total net annual income, divided by the root of the number of persons living in a household. Wealth was measured by positive (gross) wealth, while controlling for household debt (negative wealth).⁴

Following our theoretical considerations, the effect of wealth on SWB is expected to differ depending on an individual's, respectively a household's position in a country's wealth distribution. We account for three main positions: The two middle quartiles represent the middle category (hereinafter, "middle wealth" or the "middle group"), which serves as the reference category. Those in the highest quartile are hereinafter referred to as the "wealthy" or as being of "high wealth." Those in the lowest quartile are hereinafter referred to as the "poor" or as "being of poor wealth".

Subjective economic hardship is captured by respondents' self-evaluation of their ability to "make ends meet" in their household.

Originally, responses range from 1 ("with great difficulty") to 4 ("easily"). We combined the responses of 1 and 2 to create a dummy variable representing people with economic hardship. Following previous research (Diener, Suh, Lucas, & Smith 1999), we control in our models for the respondents' labor market outcomes, measured through their educational attainment, their labor market status and their household income. We also control for family characteristics (marital status and children); immigrant status (in Israel, we also control for Arab origin due to the unique position of this minority in the Israeli stratification system); and health.

Results

Descriptive results

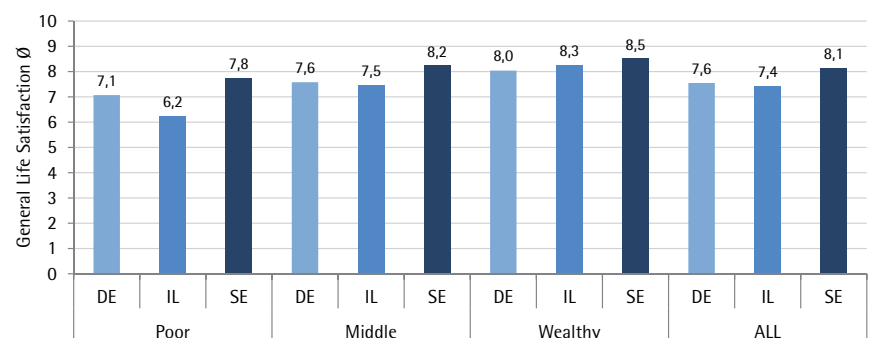
Graph 1 shows the mean values of GLS by country and wealth group. The predictors were weighted (calibrated cross sectional weights) in order to reduce problems of unit non-response and sample attrition (Mannheim Research Institute for the Economics of Aging 2010: 43). As can be seen, the Swedish respondents report the highest mean values of GLS, while Israelis report the lowest. Mean (in blue) and median (in orange) levels of household wealth are illustrated in Graph 2. It is highest in Israel, lower in Sweden, and lowest in Germany. Country differences in mean GLS and aver-

age household wealth are statistically significant at the 0.01 level. Graph 3 illustrates mean and median debts. Compared with the Israeli and German respondents, the Swedish respondents are the most indebted. In Germany and Israel, the median value is 0, suggesting that 50% of German and Israeli respondents are not in debt at all. Here too, mean differences were statistically significant at the 0.01 level.

Graph 4 below further indicates that over half of the respondents in Israel report problems making ends meet. This statistic increases to almost 75% among poor Israelis, and decreases to about 22% among wealthy Israelis reporting to possess gross wealth between €575,000 and €7,670,000. Considering that the poor in Germany possess the lowest mean gross wealth, and that the wealthy in Israel possess the highest mean gross wealth (see Graph 1 above) this finding is particularly interesting.

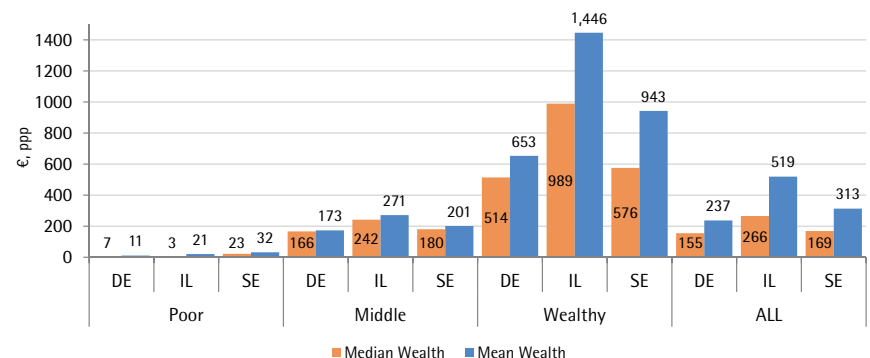
Table 1 shows the results of our multivariate regression models. For reasons of clarity we only report those measures and coefficients that are relevant for the hypotheses.⁵ The first hypothesis states that wealth and income together should account for the GLS of the respondents better than does income alone. The findings (Model 2) indeed show that controlling for income, wealth has an impact on GLS in Germany and Israel, with

Graph 1 General life satisfaction by country and wealth group



Database: SHARE Wave 2, release 2.5.0, own calculations; DOI: 10.6103/SHARE.w2.500.

Graph 2 Household gross wealth by country and wealth group



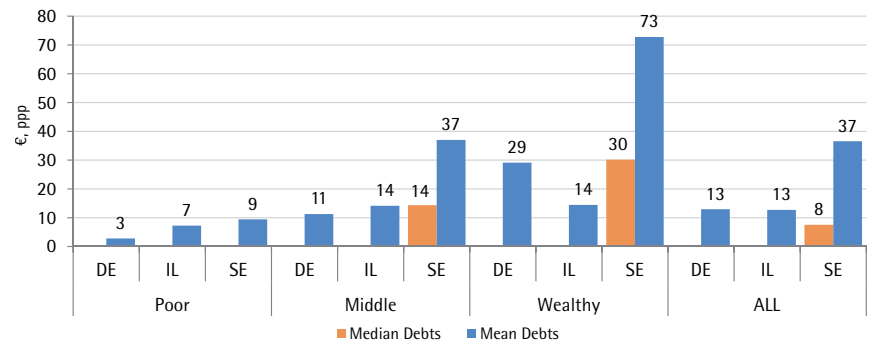
Database: SHARE Wave 2, release 2.5.0, own calculations; DOI: 10.6103/SHARE.w2.500.

the poor reporting lower GLS than households in the middle of the wealth distribution and the rich reporting higher GLS. Debt is significantly associated with SWB only among the Israeli respondents, where debt is found to slightly decrease their GLS. The R² of Models 1 and 2 indicate that income and wealth, when taken together, explain a greater part of the variance in SWB than does income alone. The increase in R² is significant at the one per cent level in Germany and at the five per cent level in Israel (F-test). *Hypothesis 1 is thus supported by our analysis for Germany and Israel.*

In Model 2 we further test hypothesis 2, which following the needs theory predicts that the gap in SWB between the middle group and the poor will be greater than the gap between the middle group and the wealthy. The regression model conveys that in both Germany and Israel, the poor penalty and the wealth premium are similar in magnitude. In Sweden, the GLS of both the poor and the wealthy are not significantly different from the GLS of their middle wealth counterparts. *Hypothesis 2 is thus not supported by the SHARE data.*

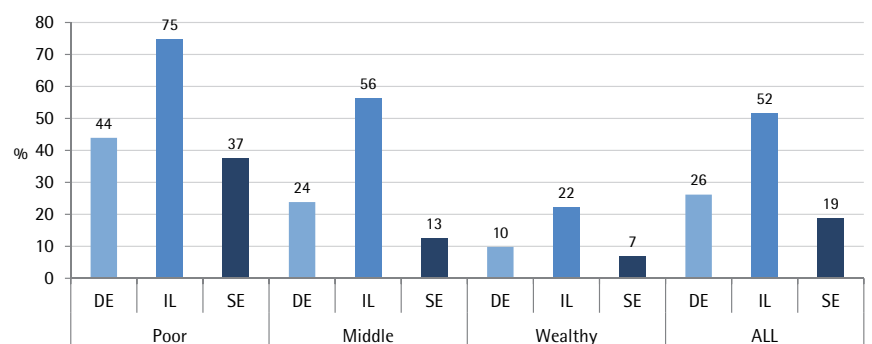
Hypothesis 3, proposes that the negative effect of being of poor wealth on GLS will be strongest in Israel, and weaker in Germany and Sweden. The findings in Model 2 indicate that in Sweden individuals of poor wealth do not differ significantly in their GLS compared with individuals in the middle of the wealth distribution. Regarding the size of the poor effects on GLS in Germany and Israel, interaction based coefficients provide some evidence that being poor is more detrimental for GLS in Israel than in Germany. However, this difference is not statistically significant. *Hypothesis 3 is thus not supported by the data.*

Graph 3 Household debts by country and wealth group



Database: SHARE Wave 2, release 2.5.0, own calculations; DOI: 10.6103/SHARE.w2.500.

Graph 4 Self-reported economic hardship by country and wealth group



Database: SHARE Wave 2, release 2.5.0, own calculations; DOI: 10.6103/SHARE.w2.500.

Model 3 finally tests hypothesis 4, which suggests that the effect of poor wealth on GLS will be mediated by an individual's subjective sense of economic hardship. The findings presented in Model 3 indicate that respondents who report having problems making ends meet are significantly less satisfied with their life compared to those who do not have problems. Furthermore, Model 3 demonstrates that the poor penalty we

found in Germany and in Israel diminishes after this subjective measure of economic hardship is introduced. In Germany, the remaining effect is no longer statistically significant implying full mediation, but in Israel it remains significant, implying only partial mediation. Therefore, *hypothesis 4 is supported by the data for Germany, but only partially supported by the data for Israel.*

Table 1 OLS regression predicting general life satisfaction

	M1: only income			M2: income, debts, wealth			M3: income, debts, wealth, ec. hardship		
	DE	IL	SE	DE	IL	SE	DE	IL	SE
Log(Income)	0.07 **	0.06 *	0.05 *	0.05 *	0.03	0.04	0.01	0.02	0.03
Log(Debts)				0.00	-0.01 **	0.00	0.00	-0.01 *	0.00
Poor				-0.13 *	-0.24 **	-0.07	0.07	-0.17 *	-0.03
Rich				0.11 *	0.17 *	0.07	0.06	0.10	0.07
Ec. hardship							-0.46 ***	-0.34 ***	-0.24 ***
Df	12	13	12	15	16	15	16	17	16
R ²	0.207	0.276	0.118	0.212	0.296	0.120	0.244	0.314	0.127
N	2,390	1,849	2,572	2,390	1,849	2,572	2,390	1,849	2,572

We controlled for gender, household size, age, migrant status, Arab origin (IL), married, child, education, employed, unemployed, homemaker and health. All analyses based on 5 sets of imputations (using the 'mim'-prefix command in Stata 12). See Hochman & Skopek (2013) for full models and details. *p<0.05, **p<0.01, ***p<0.001.

Database: SHARE Wave 2, release 2.5.0, own calculations, data unweighted.

Conclusions

Needs theory claims that wealth augments SWB by enabling a person to better provide for his or her basic needs, economic and/or recreational. This proposition implies that the poor will most likely enjoy a lower level of SWB compared to the middle wealth group, while the wealthy will differ from the middle wealth group only slightly, if at all. Our findings show that net of income, gross household wealth has a significant impact on SWB, measured as GLS, in Germany and Israel. More specifically, we find a poor penalty and a rich premium on GLS in these two countries. Against the predictions of needs theory the two coefficients do not differ in magnitude, suggesting that wealth can buy happiness. In Sweden, neither the poor nor the wealthy differ significantly in their SWB from the middle wealth group.

Our study contributes to the contemporary literature on SWB by demonstrating that: 1) the SWB of individuals aged 50 or older, is strongly associated with wealth, representing an important source for economic standing, in Germany and Israel, yet, not in Sweden; 2) needs are the predominant mechanism linking economic standing to SWB in Germany, and they also partially explain the wealth - SWB relations in Israel; and 3) the degree of social support provided by the state has an impact on the magnitude of the association between wealth and SWB. Our study might thus serve as a fertile ground for the on-going debate on whether and how welfare policy instruments can improve a population's SWB.

Börsch-Supan, Axel; Brugiavini, Agar; Jürges, Hendrik; Mackenbach, Johan; Siegrist, Johannes; Weber, Guglielmo (Eds.), 2005: Health, ageing and retirement in Europe: First Results from the Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe. Mannheim: MEA.

Christelis, Dimitri; Japelli, Tullio; Padula, Mario, 2005: Wealth and Portfolio Composition. In: A. Börsch-Supan, A. Brugiavini, H. Jürges, J. Mackenbach, J. Siegrist, G. Weber (Eds.), Health, ageing and retirement in Europe. First results from the survey of health, ageing and retirement in Europe (pp. 310-317). Mannheim: MEA.

Christoph, Bernhard, 2010: The Relation Between Life Satisfaction and the Material Situation: A Re-Evaluation Using Alternative Measures. Social Indicators Research, 98(3), p. 475-499.

Dagan-Busaglo, Noga, 2007: Social Security and Lack of Social Security among the Elderly in Israel (in Hebrew). Adva Center Working Paper.

Diener, Ed; Biswas-Diener, Robert, 2002: Will money increase subjective well-being? Social Indicators Research, 57(2), p. 119-169.

Diener, Ed; Sandvik, Ed; Seidlitz, Larry; Diener, Marissa, 1993: The relationship between income and subjective well-being: relative or absolute. Social Indicators Research, 28, p. 195-223.

Diener, Ed; Suh, Eunkook M.; Lucas, Richard E.; Smith, Heidi L., 1999: Subjective well-being: Three decades of progress. Psychological Bulletin, 125(2), p. 276-302.

Easterlin, Richard A, 2001: Income and Happiness: Towards a Unified Theory. The Economic Journal, 111(473), p. 465-484.

Elmelech, Yuval, 2008: Transmitting Inequality. Wealth and the American family. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.

Esping-Andersen, Gøsta, 1990: The three worlds of welfare capitalism. Princeton, NJ: Princeton University Press.

Esping-Andersen, Gøsta, 1999: Social foundations of postindustrial economies. Oxford and New York, NY: Oxford University Press.

Hochman, Oshrat; Skopek, Nora, 2013: The impact of wealth on subjective well-being: A comparison of three welfare-state regimes. Research in Social Stratification and Mobility, 34, p. 127-141.

Mannheim Research Institute for the Economics of Aging. (2010). SHARE - Guide to Release 2.3.1: Waves 1 & 2. Retrieved from http://www.share-project.org/t3/share/fileadmin/pdf_documentation/SHARE_release_guide.pdf. Accessed 2013/03/10

Maslow, Abraham H., 1943: A Theory of Human Motivation. Psychological Review, 50, 370-396.

Maslow, Abraham H., 1954: Motivation and Personality. New York, NY: Harper.

Michalos, Alex C., 1985: Multiple Discrepancies Theory. Social Indicators Research, 16(4), p. 347-413.

OECD, 2011 (a): Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising. Paris: OECD Publishing. Retrieved from <http://dx.doi.org/10.1787/9789264119536-en>. Accessed 05/24/2014

OECD, 2011 (b): Pensions at a glance 2011 - Retirement-income systems in OECD and G20 countries.

Pacek, Alexander C.; Radcliff, Benjamin, 2008: Welfare Policy and Subjective Well-Being Across Nations: An Individual-Level Assessment. Social Indicators Research, 89(1), p. 179-191.

Spilerman, Seymour, 2000: Wealth and Stratification Process. Annual Review of Sociology, 26, p. 497-524.

Veenhoven, Ruut, 1993: Happiness in nations: Subjective appreciation of life in 56 nations 1946-1992. RISBO, Studies in Sociale en Culturele Verandering (Studies in, Vol. 2). Rotterdam: RISBO.

Veenhoven, Ruut; Ouweneel, Piet, 1995: Livability of the welfare-state. Social Indicators Research, 36(1), p. 1-48.

1 *This contribution is a short version of Hochman, Oshrat, and Nora Skopek. 2013. "The Impact of Wealth on Subjective Well-Being: A Comparison of Three Welfare-State Regimes." Research in Social Stratification and Mobility 34: 127-41.*

This paper uses data from SHARE release 2.5.0, as of May 24th 2011. The SHARE data collection has been primarily funded by the European Commission through the 5th framework programme (project QLK6-CT-2001-00360 in the thematic programme Quality of Life), through the 6th framework programme (projects SHARE-I3, RII-CT-2006-062193, COMPARE, CIT5-CT-2005-028857, and SHARELIFE, CIT4-CT-2006-028812) and through the 7th framework programme (SHARE-PREP, 211909 and SHARE-LEAP, 227822). Additional funding from the U.S. National Institute on Aging (U01 AG09740-13S2, P01 AG005842, P01 AG08291, P30 AG12815, Y1-AG-4553-01 and OGHA 04-064, IAG BSR06-11, R21 AG025169) as well as from various national sources is gratefully acknowledged (see www.share-project.org for a full list of funding institutions). For further information on the SHARE project, see Börsch-Supan et al. (2005).

2 *Although this paper is centered on needs theory and its contribution to an understanding of the individual-level relation between wealth and SWB, it is important to note that there are two alternative explanations to the wealth-SWB nexus: the relative standards approach and the cultural norms concept. Relative standards theorists would argue that individuals evaluate their current SWB by comparing it with either their SWB in the past or to the current SWB of relevant others (Easterlin 2001; Michalos 1985). Cultural norms are suggested to serve as a mediating factor in the association between income and SWB. The strength of this association depends on the cultural importance of income (e.g. Diener et al. 1999).*

3 *The original question was: "On a scale from 0 to 10 where 0 means completely dissatisfied and 10 means completely satisfied, how satisfied are you with your life?"*

4 For a detailed description of the components of the wealth construct see Christelis, Japelli & Padula (2005)

5 Full models can be looked up in Hochman & Skopek (2013)

■ Oshrat Hochman & Nora Skopek
GESIS
Tel.: 0621 12 46 -153 /-277
oshrat.hochman@gesis.org
nora.skopek@gesis.org

Abwärtsmobilität beim Haushaltseinkommen ohne langfristigen Einfluss auf die Lebenszufriedenheit

Der Frage der Verringerung der Einkommensungleichheit kommt seit jeher in der sozialwissenschaftlichen Forschung eine große Bedeutung zu. Implizit wird dabei davon ausgegangen, dass eine stärkere Einkommensgleichheit auch zu einer zufriedeneren Gesellschaft führt. Einkommensmobilität ermöglicht einen solchen Wandel in der Einkommensverteilung, da dadurch jeder Mensch die Möglichkeit in Aussicht hat, seine ökonomisch bedingte Position in der Gesellschaft positiv zu verändern. Zieht man nicht die absoluten Einkommen, sondern die relative Einkommensposition in Betracht, muss jedoch für jeden Menschen, der aus einer ökonomisch benachteiligten Position aufsteigt, ein anderer Mensch ökonomisch absteigen. Einkommensmobilität kann zudem auch bedeuten, dass Personen in bereits benachteiligten ökonomischen Positionen noch weiter absteigen. Es ist dementsprechend wichtig zu betrachten, welche individuellen Auswirkungen der ökonomische Abstieg auf die Lebenszufriedenheit eines Menschen hervorruft. Die Frage nach der Bedeutung von Abwärtsmobilität für die Lebenszufriedenheit wurde zudem unlängst durch eine von Hadjar und Samuel (2015) durchgeführte Studie erneut relevant, welche zu dem überraschenden Schluss kommt, dass intragenerationale berufliche Abwärtsmobilität zu keiner Veränderung in der Lebenszufriedenheit der Befragten führt. Kann dieses Ergebnis mit Blick auf Einkommensmobilität bestätigt werden? Darüber hinaus soll ein weiterführender Aspekt betrachtet werden. Zur Identifikation von sozialem Wandel ist von Interesse, ob sich die Auswirkungen über Geburtskohorten hinweg verändert haben, da jüngere Geburtsjahrgänge unter zunehmend besseren materiellen und physischen Bedingungen aufwachsen.

Berufsverläufen konzentriert¹. Die letzte zum Zeitpunkt der Analyse zur Verfügung stehende Welle des SOEP ist aus dem Jahr 2013, so dass Daten aus insgesamt 30 Befragungswellen untersucht werden können. Unter 20-jährige Befragte wurden aus der Analyse ausgeschlossen, da Personen in dieser Altersgruppe häufig noch bei den Eltern wohnen und keine klaren Aussagen zum ökonomischen Status getroffen werden können. Das erste Befragungsjahr jedes Befragten wurde ebenfalls ausgeschlossen, da die Einkommensangaben hier häufig ungenau sind (Frick et al. 2006). Zudem werden Befragte mit maximal einem Befragungszeitpunkt (nach Exklusion der Erstbefragung) von der Analyse ausgeschlossen, da in diesem Fall keine Einkommensmobilität festgestellt werden kann.

Die Lebenszufriedenheit wird über die Frage gemessen: „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit Ihrem Leben?“. Beim Einkommen wird auf das jährliche, inflationsbereinigte und bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen zurückgegriffen². Das Einkommen aller Befragten zu jedem der Befragungsjahre wird in Quintile eingeteilt und jeder Befragte wird einem der Quintile zugeordnet. Der Vorgang der Einkommensmobilität wird somit über den Positionswechsel der Befragten zwischen den Quintilen in konsekutiven Befragungsjahren gemessen³. Die Wahl dieses Einkommensmobilitätskonzeptes begründet sich insbesondere darin, dass die relative Einkommensposition jedes Einzelnen im Falle gleichverteilter Einkommensveränderungen aller invariant bleibt. Dabei beschreibt das erste Quintil das unterste Einkommensquintil und das fünfte Quintil das oberste Einkommensquintil. Ein Abstieg zwischen den Einkommensquintilen wird folglich als Abwärtsmobilität interpretiert.

Abstieg zumeist nur um ein Einkommensquintil

Der ökonomische Abstieg eines Haushalts kann als Verlust einer vom Menschen wert-

Die nachfolgend vorgestellte Analyse beschäftigt sich mit zwei Fragestellungen:

- Wie verändert sich die Lebenszufriedenheit bei Abwärtsmobilität in der relativen Einkommensposition?
- Lassen sich Unterschiede in der Abfolge von Geburtskohorten finden?

Die Lebenszufriedenheit stellt eine übergreifende Bewertung der eigenen Lebensbedingungen dar. Als erklärender Faktor für die Lebenszufriedenheit wird der ökonomische Statusverlust untersucht. Unter dem ökonomischen Status wird die Position in der Einkommensverteilung in Relation zu der Position Anderer verstanden. Der Wechsel zwischen den einzelnen Positionen innerhalb der Einkommenshierarchie beschreibt folglich die Einkommensmobilität und der Abstieg zwischen den Positionen die abwärtsgerichtete Einkommensmobilität bzw. den ökonomischen Statusverlust. Damit grenzt sich das Konzept von Veränderungen im absoluten Einkommen ab, da nicht Veränderungen im Einkommen

betrachtet werden, sondern die Veränderung der sogenannten relativen Einkommensposition eines Individuums. Im Mittelpunkt dieser Untersuchung stehen speziell jene Veränderungen im ökonomischen Status, die ein Individuum über seinen Lebenslauf hinweg erfährt, die sogenannte intragenerationale Einkommensmobilität. Einkommensmobilität wird zumeist durch Veränderungen im Erwerbseinkommen oder durch den Ein- bzw. Austritt aus der Erwerbstätigkeit verursacht, aber auch Veränderungen in der Haushaltsstruktur (wie z.B. der Ein- oder Auszug, der Tod oder die Geburt eines Haushaltsmitgliedes) können zu Einkommensmobilität führen (Schäfer et al. 2013). Die Ursachen für die Einkommensabwärtsmobilität der Befragten werden im folgenden Beitrag allerdings nicht berücksichtigt.

Die Analyse erfolgt mit den Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), einer seit 1984 jährlich durchgeführten repräsentativen Panelstudie, die sich besonders auf die Analyse von Einkommens- und

geschätzten Ressource interpretiert werden. Mit einem Abstieg innerhalb der Einkommensverteilung geht nicht nur ein Verlust an ökonomischem Status einher, sondern häufig auch ein Kaufkraftverlust des Haushalts, der Verlust des Arbeitsplatzes eines der Haushaltsmitglieder oder es müssen Pläne für die Zukunft aufgegeben werden. In der Psychologie werden die Auswirkungen eines Verlustes auf die Lebenszufriedenheit u.a. mit Hilfe sogenannter Stresstheorien erklärt. Der Mensch möchte sich bewahren, was er schätzt und verliert er es, so führt dies zu Stress und damit zu einer reduzierten Lebenszufriedenheit (Hobfoll 1988). Je größer der Verlust ausfällt, desto stärker nimmt die Lebenszufriedenheit ab, und je weniger der Mensch von der Ressource besitzt, desto stärker wiegt dieser Verlust und sinkt damit die Lebenszufriedenheit. Sofern der ökonomische Status eine solche wichtige Ressource für den Menschen darstellt, sollte sein Verlust, ceteris paribus, mit einer verringerten Lebenszufriedenheit einhergehen, die umso stärker sinkt, je größer der Verlust ist und umso weniger Status ein Mensch zuvor besaß.

Eine Betrachtung des absoluten und prozentualen Anteils des Ausmaßes der Abwärtsmobilität (siehe Tabelle 1) im Datensatz zeigt, dass in einem Großteil der gemessenen Befragungsjahre keine Einkommensmobilität zwischen den Quintilen stattfindet. Zu rund 15% handelt es sich um einen Abstieg um ein Einkommensquintil. Abstiege um zwei Einkommensquintile kommen gerade einmal zu 3% vor und der Abstieg vom obersten ins unterste Einkommensquintil ist besonders selten vorzufinden (rund 0,3%).

Ökonomischer Statusverlust reduziert die individuelle Lebenszufriedenheit teilweise anders als erwartet

Die folgenden Analysen wurden mit Hilfe sogenannter Fixed-Effects-Modelle durchgeführt. Diese sind zu einem wichtigen Werkzeug der Kausalanalyse mit Längsschnittdaten geworden, da sie nicht wie in der Querschnittsanalyse abwärtsmobile Haushalte mit nicht-abwärtsmobilen Haushalten vergleichen („between“-Vergleich), sondern Haushalte vor und nach dem Ereignis der Abwärtsmobilität („within“-Vergleich). Die folgenden Regressionskoeffizienten beschreiben demnach die durchschnittliche Differenz zwischen der Lebenszufriedenheit der Befragten vor und nach dem Ereignis der Abwärtsmobilität, im Vergleich zu jenen Befragten, die nicht abwärtsmobil sind. Der Vorteil der Fixed-Effects-Regression besteht darin, dass alle zeitunveränderlichen Drittvariablen (die sogenannte individuelle zeitkonstante Hete-

Tabelle 1 Absoluter und prozentualer Anteil von Einkommensmobilität und Immobilität 1984 bis 2013

	Abwärtsmobilität um .. Quintile				Immobilität	Aufwärtsmobilität
	4	3	2	1		
n	1.110	2.998	11.068	58.024	23.9947	72.901
In Prozent	0,29	0,78	2,87	15,03	62,15	18,89

Quintile auf Basis bedarfsgewichteter Haushaltsnettoeinkommen (Jahreseinkommen, modifizierte OECD-Skala) abzüglich Vermögenseinkommen gebildet.

Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel 1984 bis 2013, DOI: 10.5684/soep.v30

rogenität) kontrolliert werden, unabhängig davon, ob sie beobachtbar sind, wie bspw. das Geschlecht, oder schwer messbar, wie bspw. Persönlichkeitseigenschaften.

Eine Betrachtung der Ergebnisse in Tabelle 2 zeigt, dass ökonomischer Statusverlust die Lebenszufriedenheit der Befragten reduziert. Dabei ist der Effekt jedoch bei weitem nicht so stark wie angenommen. Auf einer Skala von 1 bis 11 verringert sich die Lebenszufriedenheit der Befragten in Folge der Abwärtsmobilität ihres Haushaltes um gerade einmal 0,05 Skaleneinheiten. Das ist bemerkenswert und wirft die Frage auf, welchen Stellenwert dem eigenen ökonomischen Status zugeschrieben wird, wenn Befragte in Haushalten, deren Einkommensposition sich negativ verändert, nicht viel unzufriedener sind als zuvor.

Darüber hinaus wurde angenommen, dass die Lebenszufriedenheit der Befragten in Folge der Abwärtsmobilität umso stärker abfällt, je niedriger zuvor ihr ökonomischer Status ausfiel. Um diese Annahme zu prüfen, wurden Interaktionsterme zwischen dem jeweiligen Einkommensquintil des Befragten vor dem Abstieg und der Variable zur Abwärtsmobilität gebildet. Damit kann der Effekt der Abwärtsmobilität auf die Lebenszufriedenheit in Abhängigkeit vom

jeweiligen vorherigen Einkommensquintil berechnet werden. Da keine Abwärtsmobilität aus dem ersten Einkommensquintil möglich ist, wird dieses unbeachtet gelassen. Das fünfte Einkommensquintil stellt die Referenzkategorie dar, das heißt die jeweiligen Koeffizienten der Interaktionsterme sind nun im Vergleich zum Effekt des Abstieges aus dem fünften Einkommensquintil auf die Lebenszufriedenheit zu interpretieren. Eine Betrachtung der Interaktionsterme in Tabelle 3 zeigt, dass Befragte, die vor dem Abstieg im zweiten, dritten oder vierten Einkommensquintil zu verorten waren, in Folge des Ereignisses 0,05, 0,06 bzw. 0,07 Skaleneinheiten zufriedener sind als jene, die aus dem obersten Einkommensquintil abgestiegen sind. Das bedeutet, entgegen den Erwartungen wirkt sich der Verlust des ökonomischen Status im Vergleich für jene negativer aus, die sich bereits in einem höheren Quintil befanden. Auch wenn die Unterschiede zwischen den Koeffizienten marginal sind, so kann im Vergleich doch gesagt werden, dass der Abstieg aus dem obersten Einkommensquintil insgesamt den stärksten Verlust an Lebenszufriedenheit auslöst. Entgegen der Erwartung, dass jene Befragten, die über einen geringen ökonomischen Status verfügen, auch stärker unter einem Verlust leiden, scheint zu gelten: Wer

Tabelle 2 Effekt der Abwärtsmobilität zwischen Einkommensquintilen auf die Lebenszufriedenheit (Fixed-Effects-Regression)

	B	SE
Konstante	7,60***	0,14
Aufwärtsmobilität	0,03***	0,01
Abwärtsmobilität (Referenz: Immobilität)	-0,05***	0,01
R ² (within)	0,11	
N(Beobachtungen/Personen)	360.184/42.835	

Signifikanz: *p≤0.05; **p≤0.01; ***p≤0.001.

Berechnungen unter Kontrolle der Periode, des Familienstands, des Alters und der subjektiven Zufriedenheit mit der Gesundheit.

Quintile auf Basis bedarfsgewichteter Haushaltsnettoeinkommen (Jahreseinkommen, modifizierte OECD-Skala) abzüglich Vermögenseinkommen gebildet.

Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel 1984 bis 2013, DOI: 10.5684/soep.v30.

Tabelle 3 Moderierender Effekt der Höhe der vorherigen Einkommensposition auf die Lebenszufriedenheit (Fixed-Effects-Regression)

	B	SE
<i>Konstante</i>	7,86***	0,16
Einkommensmobilität		
Aufwärtsmobilität	0,02**	0,01
Abwärtsmobilität (Referenz: Immobilität)	-0,09***	0,02
Vorheriges Einkommensquintil		
2. Quintil	-0,14***	0,01
3. Quintil	-0,11***	0,01
4. Quintil (Referenz: 5. Quintil)	-0,06***	0,01
Interaktionsterme		
Abwärtsm.*2. Quintil	0,05*	0,02
Abwärtsm.*3. Quintil	0,06**	0,02
Abwärtsm.*4. Quintil (Referenz: Abwärtsm.*5. Quintil)	0,07**	0,02
R ² (within)	0,11	
N(Beobachtungen/Personen)	269.843/35.355	

Signifikanz: *p≤0.05; **p≤0.01; ***p≤0.001.

Berechnungen unter Kontrolle der Periode, des Familienstands, des Alters und der subjektiven Zufriedenheit mit der Gesundheit.

Quintile auf Basis bedarfsgewichteter Haushaltsnettoeinkommen (Jahreseinkommen, modifizierte OECD-Skala) abzüglich Vermögenseinkommen gebildet.

Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel 1984 bis 2013, DOI: 10.5684/soep.v30.

Abwärtsmobilität wird vorausgesehen und ist ohne langfristige Nachwirkungen

Es wurde festgestellt, dass sich ökonomischer Statusverlust nicht nur negativ, sondern je nach Ausmaß des Verlustes auch unterschiedlich auf die Lebenszufriedenheit auswirkt. Doch es bleibt die Frage, wie genau der Verlauf der Lebenszufriedenheit in Antizipation und in Konsequenz der Abwärtsmobilität ausfällt. In der bereits erwähnten Stresstheorie wird davon ausgegangen, dass schon die Erwartung eines Verlusts die Lebenszufriedenheit eines Menschen verringert. So ist die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, dass ökonomischer Statusverlust kein überraschendes Ereignis ist, sondern in einer Vielzahl von Fällen vorausgesehen wird (z.B. bei befristeten Arbeitsverträgen). Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob die Auswirkung des ökonomischen Statusverlusts auf die Lebenszufriedenheit von Dauer ist oder ob sich die Befragten nach einiger Zeit von dem Ereignis wieder erholen. In der vor allem in der Ökonomie genutzten „Set-Point-Theorie“ (Brickman/Campbell 1971) wird davon ausgegangen, dass die Auswirkungen jedes Lebensereignisses auf die Lebenszufriedenheit nur von kurzer Dauer sind und der Mensch immer wieder zu seinem ursprünglichen Zufriedenheitsniveau zurückkehrt. Ein Verlust des ökonomischen Status würde somit nur vorübergehend zu einer Verringerung der Lebenszufriedenheit führen, nicht aber langfristig, und die bisherigen Ergebnisse würden den Einfluss des Statusverlustes überschätzen. Um diesen Zusammenhang näher zu betrachten, wurde der Verlauf der Lebenszufriedenheit vor

mehr hat, hat auch (subjektiv) mehr zu verlieren.

Doch ist nicht nur relevant, aus welchem Einkommensquintil abgestiegen wird, sondern auch, wie stark der Abstieg ausfällt. Es wurde zuvor vermutet, dass die Lebenszufriedenheit abwärtsmobiler Befragter umso stärker abfällt, je größer das Ausmaß der Abwärtsmobilität ausfällt. Um dieser Frage nachzugehen, wurde anschließend die Variable zur Abwärtsmobilität in vier Variablen aufgeteilt, die jeweils den Umfang des Abstieges um ein, zwei, drei bzw. vier Quintile abbilden. In der Vergleichsgruppe befinden sich jene Befragten, die nicht abwärtsmobil sind, d.h. die Koeffizienten zeigen den Einfluss des jeweiligen Umfangs der Abwärtsmobilität auf die Lebenszufriedenheit im Vergleich zu jenen, die nicht absteigen. In Tabelle 4 lässt sich nun ablesen, dass die Befragten umso unzufriedener sind, je größer das Ausmaß des Abstieges ausfällt. So sinkt die Lebenszufriedenheit in Folge der Abwärtsmobilität um 3 Einkommensquintile bspw. um 0,17 Skaleneinheiten (im Vergleich zu den immobilen Befragten). Für jene Befragten, deren Haushalte um zwei bzw. drei Einkommensquintile abwärtsmobil sind, verringert sich die Lebenszufriedenheit um 0,10 bzw. 0,03 Skaleneinheiten. Nur für jene, die vom obersten ins unterste Quintil absteigen, kann kein signifikanter Unterschied gefunden werden. Dies ist jedoch vermutlich auf die besonders

geringe Fallzahl jener Befragten zurückzuführen, die einen Abstieg vom obersten ins unterste Einkommensquintil erleben (rund 0,3%, siehe Tabelle 1). Insgesamt finden die Veränderungen zwar in einem sehr geringen Ausmaß statt, dennoch sind signifikante Unterschiede im Ausmaß des Abstiegs und im Einfluss des vorherigen Einkommensquintils der Befragten klar erkennbar.

Tabelle 4 Effekt des Grades der Abwärtsmobilität auf die Lebenszufriedenheit (Fixed-Effects-Regression)

	B	SE
<i>Konstante</i>	7,61***	0,14
Einkommensmobilität		
Aufwärtsmobilität	0,03***	0,01
Grad der Abwärtsmobilität		
1 Quintil	-0,03***	0,01
2 Quintile	-0,10***	0,02
3 Quintile	-0,17***	0,03
4 Quintile (Referenz: Immobilität)	-0,09	0,05
R ² (within)	0,11	
N(Beobachtungen/Personen)	360.184/42.835	

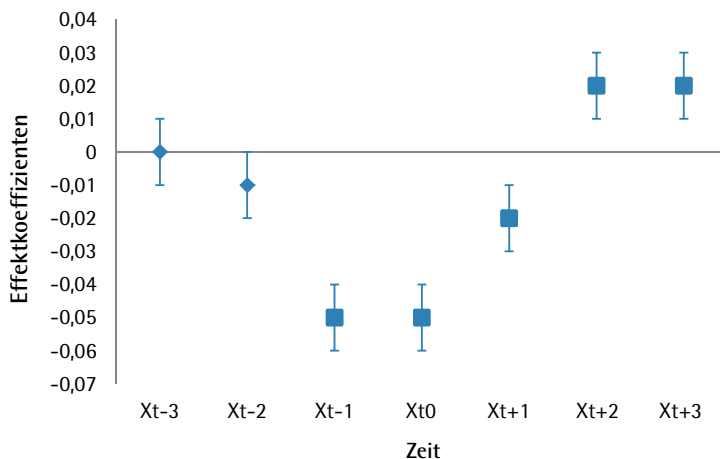
Signifikanz: *p≤0.05; **p≤0.01; ***p≤0.001

Berechnungen unter Kontrolle der Periode, des Familienstands, des Alters und der subjektiven Zufriedenheit mit der Gesundheit.

Quintile auf Basis bedarfsgewichteter Haushaltsnettoeinkommen (Jahreseinkommen, modifizierte OECD-Skala) abzüglich Vermögenseinkommen gebildet.

Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel 2013, DOI: 10.5684/soep.v30.

Grafik 1 Antizipations- und Adaptionseffekt bezüglich des Einflusses der Abwärtsmobilität auf die Lebenszufriedenheit



Anmerkung: ■ zeigt signifikante Ergebnisse an, ◆ zeigt insignifikante Ergebnisse an. Die Fehlerbalken repräsentieren das 95% Konfidenzintervall. N(Beobachtungen/Einheiten) = 208.766/26.760.

Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel 2013, DOI: 10.5684/soep.v30, eigene Berechnungen.

und nach dem Ereignis der Abwärtsmobilität untersucht. Die Ergebnisse sind von besonderem Interesse, da sie ein umfassenderes Bild der Auswirkungen ökonomischer Statusverluste auf die Lebenszufriedenheit zeichnen.

Grafik 1 zeigt den Verlauf der Lebenszufriedenheit abwärtsmobiler Befragter drei Jahre vor und nach dem Ereignis der Abwärtsmobilität. Wie der Abbildung entnommen werden kann, sinkt die Lebenszufriedenheit der Befragten bereits ein Jahr vor dem Ereignis der Abwärtsmobilität. Dies spricht dafür, dass das Ereignis antizipiert wird. Darüber hinaus passt sich die Höhe der Lebenszufriedenheit nach etwa zwei Jahren wieder der Höhe der Lebenszufriedenheit vor dem Ereignis der Abwärtsmobilität an. Die Lebenszufriedenheit der Befragten ist sogar etwas höher als vor der Abwärtsmobilität. Obgleich die Unterschiede in den Koeffizienten nach wie vor marginal sind, kann gezeigt werden, dass sich Abwärtsmobilität zwar zunächst negativ auf die Lebenszufriedenheit auswirkt, diese Wirkung jedoch nach einigen Jahren wieder vollständig aufgehoben und sogar überkompensiert wird. Eine Möglichkeit dieses Ergebnis zu interpretieren ist, dass Abwärtsmobilität zwar die Befragten mit Sorge erfüllt, jedoch die negativen Konsequenzen überschätzt werden. Dadurch tritt ein Zustand der Erleichterung ein, so dass die Befragten zufriedener sind als zuvor. Demnach sind Befragte, die in ihrer Position innerhalb der Einkommensverteilung absteigen, im Mittel langfristig nicht unzufriedener als zuvor. Dieses Ergebnis ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil es auf den ersten Blick wenig intuitiv ist. Dennoch muss beachtet werden, dass die Gründe für die Abwärtsmobilität nicht kontrolliert wurden und sich die Auswir-

kungen von freiwilligen und unfreiwilligen Abstiegen auf die Lebenszufriedenheit im Aggregat hier möglicherweise ausgleichen⁴.

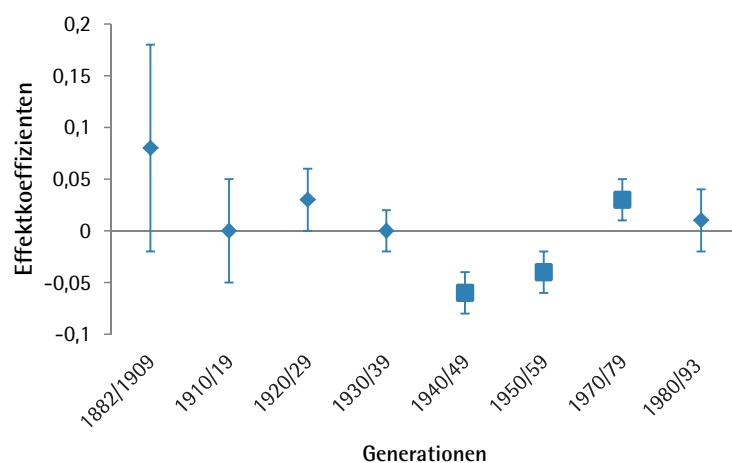
Ältere Geburtskohorten stärker betroffen als jüngere

Die Untersuchung hatte weiterhin das Ziel, die Auswirkungen ökonomischen Statusverlusts auf die Lebenszufriedenheit über verschiedene Generationen hinweg zu untersuchen. In bisherigen Untersuchungen zur Einkommensmobilität wurde der Wandel der ökonomischen und sozialen Bedingungen innerhalb der Gesellschaft über das letzte Jahrhundert hinweg sowie seine Auswirkungen auf die Wahrnehmung

des ökonomischen Status außer Acht gelassen. Ronald Inglehart (1971) untersuchte, inwieweit ein Wertewandel zwischen den Generationen⁵ hin zu den sogenannten postmaterialistischen Werten stattfindet. Dieser Wandel, gekennzeichnet durch eine stärkere Hinwendung zu Werten wie Meinungsfreiheit, Selbstverwirklichung und Lebensqualität, wird insbesondere den nach dem zweiten Weltkrieg geborenen Generationen zugeschrieben, da diese in materieller und physischer Sicherheit aufgewachsen sind. Den Generationen der Vor- und Kriegszeit dagegen wird ob der biographischen Erfahrung von Kriegen, Wirtschaftskrisen und Mangel ein stärkerer Wunsch nach materiellen Werten, wie der Preisstabilität und der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zugeschrieben. Der beschriebene Wertewandel kann auch für Deutschland gefunden werden (Inglehart 2008). Es ist daher plausibel anzunehmen, dass sich die jüngeren Generationen weniger über ihren ökonomischen Status definieren als ältere Generationen. Vor dem Hintergrund eines solchen Wertewandels stellt sich die Frage, welche Rolle ökonomischer Statusverlust bei den jüngeren Generationen überhaupt noch spielt. Wird die Lebenszufriedenheit der scheinbar postmaterialistisch eingestellten, jüngeren Generationen weniger von einem ökonomischen Statusverlust beeinträchtigt als die der älteren Generationen?

Um dieser Frage nachzugehen, wurden die Befragten in jeweils 10-Jahres Geburtskohorten eingeteilt. Anschließend wurden Interaktionsterme aus der Variablen der Abwärtsmobilität sowie den jeweiligen Geburtskohortengruppen gebildet. Diese zeigen den Effekt der Abwärtsmobilität auf die Lebenszufriedenheit in Abhängigkeit

Grafik 2 Moderierender Effekt der Kohortenzugehörigkeit auf den Einfluss der Abwärtsmobilität auf die Lebenszufriedenheit



Anmerkung: Referenzkategorie 1960/69. ■ zeigt signifikante Ergebnisse an, ◆ zeigt insignifikante Ergebnisse an. Die Fehlerbalken repräsentieren das 95% Konfidenzintervall. N(Beobachtungen/Einheiten)=360.184/42.835.

Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel 2013, DOI: 10.5684/soep.v30, eigene Berechnungen.

von der Kohortengruppenzugehörigkeit. Die Gruppe der Jahrgänge 1960-69 wurde als Vergleichsgruppe gewählt. Leider sind nur für einige Kohortengruppen signifikante Effekte vorzufinden, diese sind jedoch von besonderem Interesse. Wie Grafik 2 entnommen werden kann, nimmt der Effekt der Abwärtsmobilität auf die Lebenszufriedenheit von Geburtskohorte zu Geburtskohorte ab. Es ist daher zu vermuten, dass sich die jüngeren Geburtskohorten in ihrer Lebenszufriedenheit tatsächlich weniger von einem Verlust ihrer Position in der Einkommensverteilung betroffen fühlen, als dies noch für die älteren Geburtskohorten der Fall ist.

Resümee

Der ökonomische Statusverlust eines Haushalts kann eine Vielzahl von Gründen haben. Ein Arbeitsplatzwechsel mit niedrigerem Gehalt, ein Wechsel in die Teilzeitarbeit oder Arbeitslosigkeit eines oder mehrerer Haushaltsmitglieder, sowie eine Veränderung in der Zusammensetzung des Haushaltes können einen Abstieg hervorrufen. Zusammenfassend ist im Gegensatz zu der eingangs erwähnten Studie von Hadjar und Samuel (2015) festzuhalten, dass Abwärtsmobilität ein Ereignis ist, das zunächst unzufriedener macht. Vor dem Hintergrund der Ressourcentheorie von Hobfoll (1988) erscheint es damit plausibel vom ökonomischen Status als einer für den Menschen relevanten Ressource zu sprechen, deren Verlust zu einer leichten Verringerung der Lebenszufriedenheit führt. Wie vor dem Hintergrund der Theorie erwartet, macht Abwärtsmobilität umso unzufriedener, je größer der Abstieg ausfällt. Entgegen der ursprünglichen Erwartung fällt der Abfall der Lebenszufriedenheit jedoch umso größer aus, je höher der ursprüngliche ökonomische Status war. Wiederum wie erwartet, wirkt sich der Verlust des ökonomischen Status bereits vor seinem Eintreten negativ auf die Lebenszufriedenheit aus. Es findet, wie vor dem Hintergrund der ‚Set-Point-Theorie‘ (Brickman/Campbell 1971) erwartet, nach der Veränderungen in der Lebenszufriedenheit nur kurzfristiger Natur sind, jedoch innerhalb von zwei Jahren eine vollständige Anpassung der Lebenszufriedenheit an ihr ursprüngliches Niveau statt. Hierbei ist jedoch noch einmal darauf hinzuweisen, dass unterschiedliche Ursachen für die Abwärtsmobilität vermutlich zu unterschiedlichen Adaptionsprozessen führen, diese hier jedoch nicht untersucht wurden. So ist es bspw. möglich, dass die Anpassung der Lebenszufriedenheit in Folge von Arbeitslosigkeit in geringerem Maße stattfindet als nach bspw. einer freiwilligen Kündigung eines der Haushaltsmitglieder.

Insgesamt bleibt das Ausmaß der Auswirkungen des ökonomischen Statusverlustes auf die Lebenszufriedenheit unter den Erwartungen. Das ist auch im Zusammenhang mit der Beobachtung bemerkenswert, dass sich der Einfluss des Statusverlusts auf die Lebenszufriedenheit negativer bei älteren als bei jüngeren Geburtskohorten auswirkt. Ingleharts These des Wertewandels ließ vermuten, dass die stärker postmaterialistischen Werte in den jüngeren Geburtskohorten zu einem schwächeren Einfluss der Abwärtsmobilität führen und in einem Teil der Kohortengruppen wurde dies auch so vorgefunden. Es kann somit vermutet werden, dass die Relevanz des ökonomischen Status als solcher in der Gesellschaft über die Jahre abgenommen hat. Es bleibt abzuwarten, wie zukünftige Generationen mit ökonomischem Abstieg umgehen und welche Relevanz sie einem solchen Ereignis in seiner Beeinflussung ihrer Lebenszufriedenheit zuschreiben werden.

Brickman, Philip; Campbell, Donald T., 1971: Hedonic relativism and planning the good society. In: M.H. Appley (Hg.), *Adaptation-level theory. A symposium.* S. 287-305. Academic Press, New York.

Frick, Joachim R.; Goebel, Jan; Schechtman, Edna; Wagner, Gert G.; Yitzhaki, Shlomo, 2006: Using analysis of Gini (ANOIGI) for detecting whether two subsamples represent the same universe: The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) Experience. *Sociological Methods & Research* 34.4, S. 427-468.

Hadjar, Andreas; Samuel, Robin, 2015: Does upward mobility increase life satisfaction? A longitudinal analysis using British and Swiss panel data. *Research in Social Stratification and Mobility* 39, S. 48-58.

Hobfoll, Stevan E., 1988: *The ecology of stress.* Hemisphere Publishing Corporation, New York.

Inglehart, Ronald, 1971: The silent revolution in Europe: Intergenerational change in post-industrial societies. *American Political Science Review* 65.4, S. 991-1017.

Inglehart, Ronald, 2008: Changing values among western publics from 1970 to 2006. *West European Politics* 31.1-2, S.130-146.

Schäfer, Holger; Schmidt, Joerg; Schröder, Christoph, 2013: Lohn- und Einkommensmobilität in Deutschland: Ursachen, Interdependenzen und empirische Befunde. *IW-Trends* 40.1, S. 101-118.

UNECE, 2011: *Canberra Group Handbook on Household Income Statistics.* 2. Auflage. Vereinte Nationen, Genf.

- 1 Nähere Informationen zum SOEP unter <http://www.diw.de/soep>.
- 2 *Das Haushaltsnettoeinkommen (Jahreseinkommen) umfasst das Erwerbseinkommen, privates Ruhestandseinkommen, private Zahlungen und z.B. Unterhaltszahlungen und öffentliche Zahlungen wie z.B. Arbeitslosengeld. Erträge aus dem Kapitalvermögen eines Befragten (wie z.B. Dividende oder Zinsen) wurden aus dem Einkommen heraus gerechnet und als Kontrollvariable in die Analyse aufgenommen um der Frage nachzugehen, ob ein höheres Vermögen den Einfluss des Statusverlustes auf die Lebenszufriedenheit verändert. Da die Ergebnisse dieser Untersuchung insignifikant sind, werden sie hier nicht weiter berichtet. Es wird die modifizierte OECD-Skala zur Bedarfsgewichtung verwendet. Dabei wird dem ersten Haushaltsmitglied ein Wert von 1, jedem weiteren erwachsenen Haushaltsmitglied ein Wert von 0,5 und jedem Kind ein Wert von 0,3 zugeordnet (UNECE 2011).*
- 3 *Obgleich eine Einteilung des Einkommens aller Befragten in Quintile eine gängige Vorgehensweise darstellt (Schäfer et al. 2013), ist die Wahl der Anzahl der Einkommensgruppen darüber hinaus ein Kompromiss zwischen der vorauszusetzenden Wahrnehmung der relativen Einkommensposition durch den Befragten und der Differenziertheit der Messung der Mobilität.*
- 4 *Leider stehen die entsprechenden Daten zur Überprüfung dieser Interpretation nicht durchgehend für alle Befragungsjahre zur Verfügung.*
- 5 *Auch wenn Inglehart eigentlich Geburtskohorten untersucht, verwendet er durchgehend in seiner Arbeit den Begriff der Generation. Der Einfachheit halber wurde in der Beschreibung seiner Theorie der Begriff der Generation beibehalten, in der darauf folgenden Analyse jedoch der methodisch korrekte Begriff der Geburtskohorte verwendet.*

■ Damaris Rose
Cologne Graduate School (CGS)
Universität zu Köln
Tel.: 0221 / 470 21 17
rose@wiso.uni-koeln.de

Herausgeber

GESIS –
Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Abt. Dauerbeobachtung der Gesellschaft
Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim

Redaktion

Dr. Stefan Weick

Telefon 0621 / 12 46-0
www.gesis.org/isi

Gestaltung

Bettina Zacharias

GESIS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

ISSN 0935-218X

11th Conference
„Social Monitoring and Reporting in Europe“

Social Change and Continuity – Monitoring and Reporting on Societal Trends in the 21st Century

Villa Vigoni, Menaggio, 24.-26. Oktober, 2016

In den vergangenen Jahren waren nicht nur, aber vor allem auch die wohlhabenden europäischen Gesellschaften Gegenstand weitreichender Veränderungen der sozialen und wirtschaftlichen Strukturen, rasanter technologischer Entwicklungen, des Wandels von persönlichen Lebensarrangements sowie darüber hinaus auch veränderter Werte und Wertorientierungen. All diese Wandlungsprozesse können die individuelle und gesellschaftliche Lebensqualität auf vielfältige Weise beeinflussen, und es stellt sich daher die Frage, ob und inwieweit sie letztlich zu Verbesserungen der Lebensbedingungen und gesellschaftlichem Fortschritt beitragen. Fragen, mit denen sich die diesjährige „Social Monitoring and Reporting in Europe“ – Konferenz befasst, sind unter anderem

- Sind die europäischen Gesellschaften durch zunehmende soziale und wirtschaftliche Ungleichheit charakterisiert, und werden traditionelle Formen der Ungleichheit durch neue abgelöst?
- Sind in Europa Veränderungen der intergenerationalen sozialen Mobilität zu beobachten?
- Wie verändern sich Werte und Wertorientierungen in Europa, und welche Trends sind dabei zu beobachten?

Die Konferenz beschäftigt sich darüber hinaus auch mit Fragen des subjektiven Wohlbefindens und diskutiert aktuelle Entwicklungen des „European Social Monitoring and Reporting“.

Die Tagung, an der Sozialwissenschaftler aus verschiedenen europäischen Ländern, Repräsentanten statistischer Ämter und supranationaler Organisationen sowie Vertreter aus dem Bereich des „policy making“ teilnehmen, dient dem kontinuierlichen Erfahrungsaustausch von Akteuren und Interessierten auf dem Gebiet des europäischen „Social Monitoring and Reporting“.

Das vorläufige Programm der diesjährigen Tagung sowie die Programme und Präsentationen der früheren Veranstaltungen stehen auf der folgenden Website zur Verfügung:

<http://forscenter.ch/de/daris-daten-und-forschungsinformationsservice/soziale-indikatoren/villa-vigoni-conferences/>

Bei Interesse an einer Teilnahme an der diesjährigen Veranstaltung wenden Sie sich bitte an
Dr. Heinz-Herbert Noll (hh.noll@t-online.de).